

■ STARKER KONJUNKTURAUF- SCHWUNG MIT ZUNEHMENDEN INFLATIONSRISKEN

Die sehr günstige Konjunktorentwicklung hält an: Sachgütergüterproduktion und Exporte stiegen in den ersten zwei Monaten 2000 mit zweistelligen Raten gegenüber dem Vorjahr. Die WIFO-Unternehmensbefragungen und die Arbeitsmarktdaten vom Mai deuten auf eine ungebrochene Fortsetzung des Aufwärtstrends hin. Allmählich nehmen allerdings die Inflationsrisiken zu: Benzin wurde im Laufe des Monats Mai um rund 6% teurer, und die Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren wird den Verbraucherpreisindex um etwa 1/2% anheben.

Die Konjunktur hat heuer deutlich an Dynamik gewonnen. Sachgüterproduktion und Exporte übertrafen das Vorjahresniveau in den ersten zwei Monaten dieses Jahres um mehr als 10%. Vor allem Erzeugung und Ausfuhr von Investitionsgütern wurden kräftig ausgeweitet.

Aber auch der private Konsum entwickelte sich sehr günstig, von den Einkommenseffekten der Steuerreform und des „Familienpakets“ beflügelt: Die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Pkw) stiegen im I. Quartal nach vorläufigen Schätzungen um etwa fast 5%. Für den Tourismus verlief die Wintersaison ebenfalls erfolgreich, allerdings gingen hier Marktanteile verloren.

Alle Indikatoren der WIFO-Unternehmensbefragungen vom Mai bestätigen den Aufwärtstrend. 24% der Sachgütererzeuger rechnen in den nächsten Monaten mit einer Produktionsausweitung, nur 9% mit einer Einschränkung.

Auch die aktuellen Arbeitsmarktdaten vom Mai weisen deutlich aufwärts. Die günstige Wirtschaftsentwicklung gab der Beschäftigung starken Auftrieb, sie war um 37.000 höher als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote ging um 3/4 Prozentpunkte auf 5,3% zurück.

Zur Ausweitung der Beschäftigtenzahl trugen ausländische Arbeitskräfte (April +15.600) rund ein Drittel bei. Vorwiegend waren dies Ausländer, die sich schon länger in Österreich aufhalten. Gemessen an der Beschäftigungssteigerung ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit außerordentlich hoch.

Die Stabilitätsrisiken für den Aufschwung nehmen allerdings allmählich zu: Das betrifft den Anstieg der Rohöl- und Benzinpreise sowie in Österreich die Anhebung der indirekten Steuern.

Der Konjunkturbericht entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Die Inflationsrate verharrte im April bei 1,9%. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) war die Preissteigerung damit etwas höher als im EU-Durchschnitt. Rund ein Drittel des Anstiegs kann auf den direkten Einfluss der Energieverteuerung zurückgeführt werden. Im Laufe des Monats Mai wurden die Benzinpreise neuerlich um fast 6% gegenüber dem Vormonat hinaufgesetzt. Überdies wird die Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren den Verbraucherpreisindex im Juni um etwa 0,6% anheben.

Für die weitere Entwicklung der Inflationsrate wird entscheidend sein, wie weit die Energieverteuerung sowie die steigenden indirekten Steuern und Gebühren in der nächsten Lohnrunde auf die Löhne weitergewälzt werden und damit zu neuen Preissteigerungen Anlass geben.

UNGEBROCHENER KONJUNKTURAUF-SCHWUNG IN EUROPA

Nach den jüngsten Schätzungen von Eurostat stieg das reale BIP im Euro-Raum im IV. Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,8% (nach +1,0% im III. Quartal)¹⁾. Im Vorjahresvergleich ergibt sich eine Wachstumsrate von 3,1%. Damit wurden die höchsten Steigerungsraten seit 10 Jahren erreicht.

Dies weckt Hoffnungen, dass Europa die gute Wirtschaftsentwicklung der USA mit einer gewissen Verzögerung nachvollziehen kann. Eine lebhaftere Investitionstätigkeit könnte dazu beitragen, den Rückstand im Bereich der Informationstechnologien aufzuholen.

Alle verfügbaren Indikatoren bestätigen die seit Jahresbeginn äußerst positive Konjunktorentwicklung im Euro-Raum, die sich sowohl auf die Ausfuhr als auch auf die Inlandsnachfrage stützt. Die Industrieproduktion stieg im März mit +0,6% gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt kräftig. Verglichen mit dem Vorjahr wurde sie um 5% ausgeweitet. Hohe Zuwächse ergaben sich in der Produktion von Verbrauchs- und Investitionsgütern, die Erzeugung von Verbrauchsgütern hingegen stagnierte.

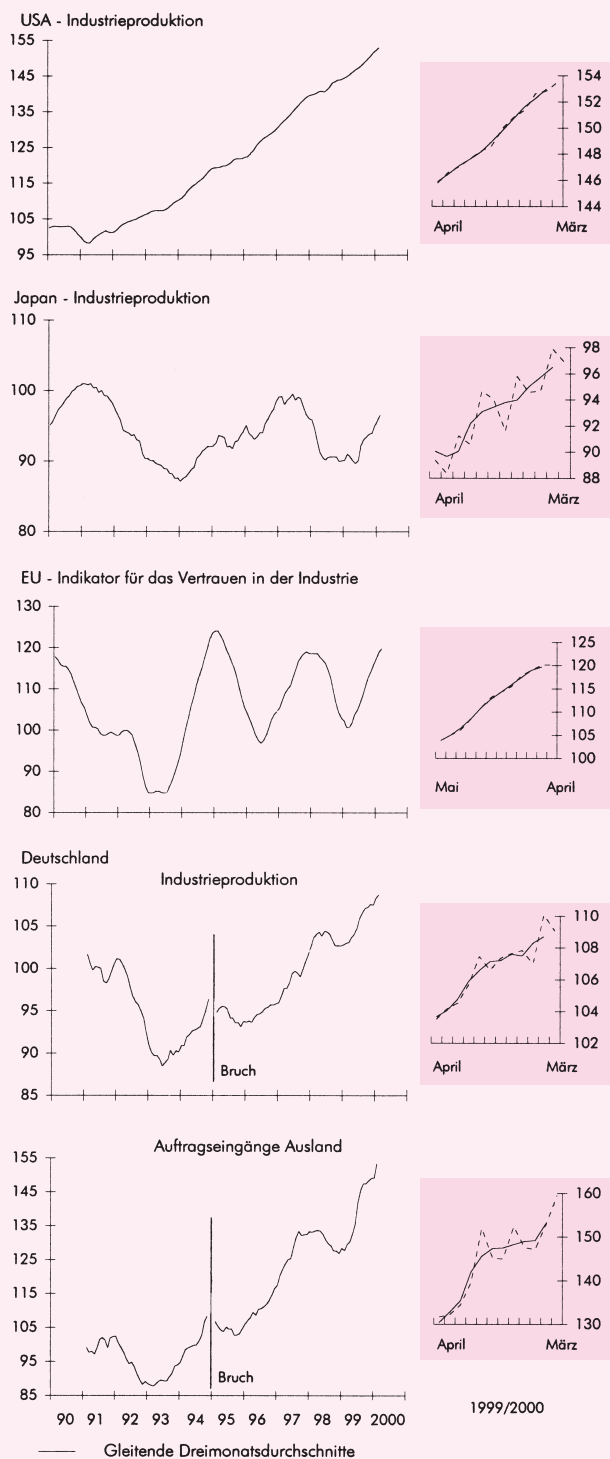
Das Konjunkturgefälle zwischen den Euro-Ländern hat sich verringert. Unter den großen europäischen Ländern erzielte Spanien (+7,3%) die stärkste Steigerung der Industrieproduktion vor Deutschland (+6%) – bei Österreichs Haupthandelspartner ist die Konjunktur nach einigen Anlaufschwierigkeiten nun voll in Gang gekommen.

Das reale BIP wächst derzeit in der Euro-Zone mit +3,1% rascher als der Potential Output (+2,3%). Laut OECD schließt sich der Output-Gap im Jahr 2000, laut EU-Kommission bleibt eine Produktionslücke von 1,2%.

¹⁾ Zur Entwicklung der Weltkonjunktur siehe Breuss, F., „Wirtschaftswachstum in Europa rascher als in den USA? Weltkonjunktur im Aufschwung“, in diesem Heft.

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100



Die Konjunktur ist nicht nur in Europa, sondern in fast allen Weltregionen deutlich aufwärtsgerichtet. In den USA beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum trotz mehrfacher Zinserhöhungen zunächst weiter, im Juni zeigten sich allerdings erste Hinweise auf ein Nachlassen des Aufschwungs.

In Südostasien und Lateinamerika wurde die Rezession nach und nach überwunden, und auch in Ost-Mitteleuropa gewann die Expansion an Schwung. Nur in Japan

ging das reale Bruttoinlandsprodukt zurück, nachdem die fiskalischen Impulse weggefallen waren.

ERHÖHUNG DER KURZFRISTIGEN ZINSSÄTZE BEUGT GEGEN INFLATIONSRISKEN VOR

Angesichts der sehr guten Konjunkturlage und der damit verbundenen Stabilitätsrisiken schwenkte die Europäische Zentralbank von einem expansiven auf einen neutralen Kurs ein. Sie hat die Leitzinsen seit dem Herbst um 1½ Prozentpunkte angehoben. Begründet wurde dies auch mit den Stabilitätsrisiken durch den Wertverlust des Euro gegenüber dem Dollar. Da die Inflationsrate wegen der Energieverteuerung in ähnlichem Ausmaß gestiegen ist, hat sich der reale kurzfristige Zinssatz kaum verändert.

Das Wachstum der Geldmenge deutet darauf hin, dass die Liquiditätsversorgung trotz der strafferen Geldpolitik noch immer reichlich ist. Es blieb im I. Quartal 2000 mit 6% (Dreimonatsdurchschnitt) um 1½ Prozentpunkte über dem Referenzwert von 4½%. Nach Einschätzung des EZB-Rats ergeben sich aus der starken Zunahme der Geldmenge inflationäre Risiken.

Anfang Juni beschloss der EZB-Rat, die wichtigsten Zinssätze neuerlich um 50 Basispunkte anzuheben, um preistreibenden Tendenzen auf mittlere Sicht vorzubeugen. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt damit bei 4¼%.

Trotz eines stabilen Zinsabstands und der Erwartung einer Abnahme des Wachstumsunterschieds zwischen den USA und Europa schwächte sich der Euro-Wechselkurs im April und Mai weiter ab. Er entfernte sich damit weiter von den „fundamentals“. Anfang Juni war eine Erholung des Euro zu verzeichnen, deren Dauerhaftigkeit noch nicht beurteilt werden kann.

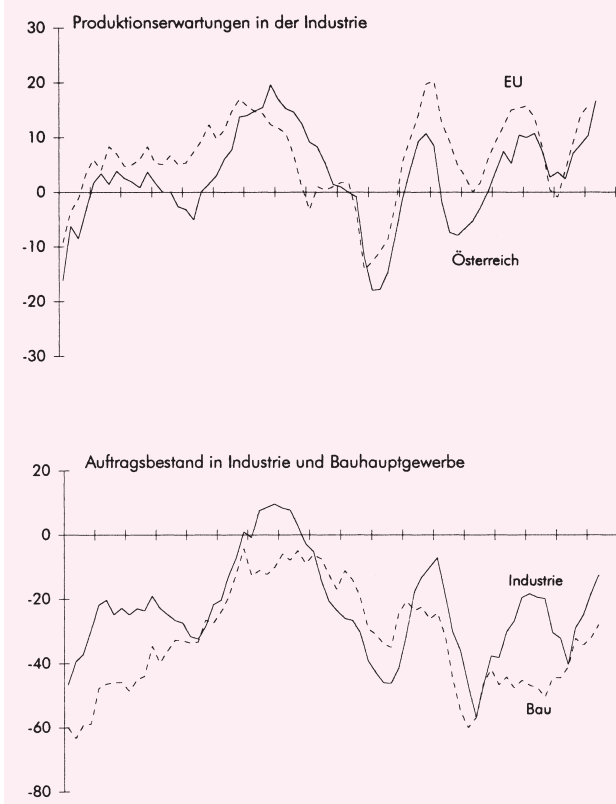
Ökonometrische Analysen zeigen, dass ein Wertverlust des Euro um 10% die Inflationsrate im Euro-Raum um rund ¼ bis ½ Prozentpunkt anhebt und das reale Wirtschaftswachstum im gleichen Ausmaß steigert.

Das starke Wachstum und der zunehmend angespannte Arbeitsmarkt in den USA zwangen die Fed zu einer restriktiveren Linie der Geldpolitik. Die Zinsstruktur ist in den USA bereits invers, d. h. die kurzfristigen Zinssätze sind höher als die langfristigen. Der Anstieg der Zinssätze in den USA gibt dem Dollarkurs Auftrieb, sofern die Europäische Zentralbank nicht mit den Zinsen mitzieht. Das Dilemma der Geldpolitik in Europa liegt darin, dass der Konjunkturverlauf nach Ländergruppen (Nord- und Mitteleuropa) divergiert.

Das Ziel eines nach innen stabilen Euro wurde in der WWU erreicht. Gemessen am HVPI lag die Basis-Inflationsrate (ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel) in der Euro-Zone im April nur knapp über

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



1%; der Anstieg des Gesamtindex erreichte wegen der hohen Energiepreise 1,9%. Die Lohnsteigerungen blieben mäßig, aufgrund der Erdölverteuerung ergaben sich Reallohnseinbußen.

HOHE ZUWÄCHSE DER HEIMISCHEN SACHGÜTERPRODUKTION

Die günstige Entwicklung der Export- und Investitionsnachfrage hatte in Österreich einen kräftigen Anstieg der Wertschöpfung der Sachgütererzeugung zur Folge. Im IV. Quartal übertraf sie das Vorjahresniveau um 6,7% (laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung), im I. Quartal ist nach ersten Schätzungen ein noch höherer Zuwachs (+7½% bis +8%) zu erwarten.

Im Februar stieg der Produktionsindex (arbeitstäglich bereinigt) laut Statistik Österreich um 13½% gegenüber dem Vorjahr. Außerordentlich stark wurde die Produktion von Investitionsgütern ausgeweitet. Der zunehmende Optimismus der Unternehmen spiegelt sich in einer raschen Zunahme der Investitionstätigkeit im In- und Ausland. Nicht nur die Produktion, sondern auch die Auftragseingänge wiesen im Februar zweistellige Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr auf.

Die Ergebnisse des jüngsten WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2000 deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs in den kommenden Monaten hin. Die Er-

wartungen der Unternehmen verbessern sich etwa im gleichen Tempo wie in der EU. Der zunehmende Optimismus erstreckt sich auf alle Indikatoren, insbesondere auf Produktionserwartungen, Auftragsbestände und Geschäftslage.

Die Bauunternehmen, die ihre Wertschöpfung 1999 nur wenig steigern konnten, sind heuer etwas optimistischer. Dies betrifft vor allem die im Hochbau tätigen Unternehmen, soweit sie nicht auf den Wohnbau spezialisiert sind. Die Beurteilung der Auftragsbestände durch die Tiefbauunternehmen ist dagegen seit einigen Monaten rückläufig. Hier beeinträchtigen die Einsparungen im öffentlichen Bereich die Auftragslage.

ZWEISTELLIGE EXPORTZUWÄCHSE

Den österreichischen Exporteuren kommen der kräftige Aufschwung in Westeuropa, die günstige Entwicklung der Lohnstückkosten und auch die Schwäche des Euro zugute. Die Ausfuhr gewann seit Jahresbeginn 2000 deutlich an Schwung, sie übertraf das Vorjahresniveau in den ersten zwei Monaten um fast 11%.

Die Lieferungen in die EU-Staaten wurden um 11½% gesteigert, jene nach Italien sogar fast doppelt so stark. Der Export nach Russland und Japan erholte sich.

Die Importe nahmen mit +8½% ebenfalls kräftig zu, aber spürbar schwächer als die Exporte (laut Statistik Österreich) – obwohl die Einfuhr von Roh- und Brennstoffen wegen der Preiserhöhungen um fast die Hälfte höher war als im Vorjahr.

ETWAS HÖHERES LEISTUNGSBILANZ-DEFIZIT

Trotz der Belebung im Export und Tourismus hat sich die österreichische Leistungsbilanz etwas verschlechtert. Maßgebend dafür war vor allem die Verteuerung der Energieimporte.

Das Passivum der österreichischen Leistungsbilanz betrug im I. Quartal auf Cash-Basis 9,6 Mrd. S, es hat sich gegenüber dem Vorjahr um etwa ½ Mrd. S erhöht. Das Defizit der Wareneinfuhren nahm um etwa 10 Mrd. S zu; dazu trug die Energieverteuerung entscheidend bei. Die Verbesserung der Reiseverkehrsleistung glich diese Verschlechterung nur teilweise aus.

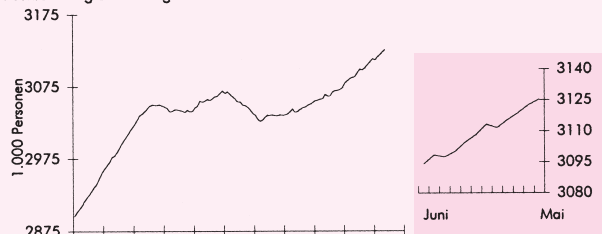
GÜNSTIGER VERLAUF DER WINTERSAISON IM TOURISMUS

In der Wintersaison stiegen die Tourismusumsätze nach vorläufigen Berechnungen um 4%. Das Umsatzwachstum entsprach etwa dem positiven Vorjahrestrend. Die Nachfrage der Inländer entwickelte sich dabei kräftiger als jene der Ausländer.

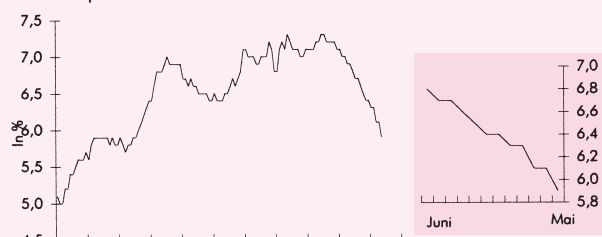
Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt

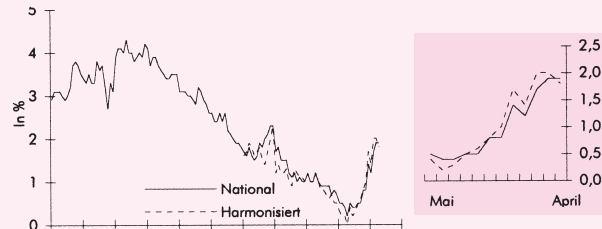
Unselbständig Beschäftigte



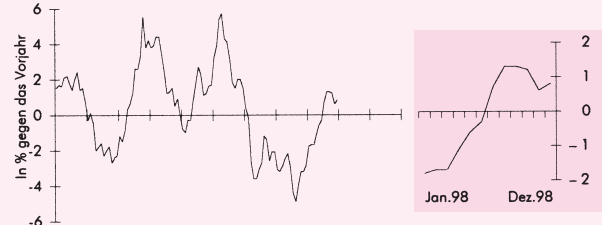
Arbeitslosenquote



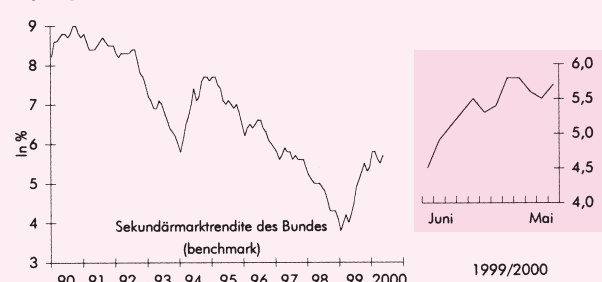
Inflationsrate



Effektiver Wechselkurs, real (unbereinigt)



Langfristiger Zinssatz (unbereinigt)



Der Tourismus profitierte vom internationalen Konjunkturaufschwung, der guten Schneelage und der Abwertung des Euro. Innerhalb der boomenden internationalen Tourismuslandschaft wächst der österreichische Reiseverkehr freilich nur mäßig und verliert – im Gegensatz zum Warenexport – Marktanteile.

Weitaus am günstigsten entwickelte sich der Tourismus im Burgenland, hier konnten wetterunabhängige Schwerpunkte (Gesundheitstourismus) gesetzt werden.

STABILES KONSUMWACHSTUM

Der private Konsum expandierte in den ersten Monaten des Jahres 2000 weiter kräftig. Die realen Umsätze des Einzelhandels (ohne Kfz-Handel) dürften im I. Quartal um fast 5% gestiegen sein, beflügelt von den Einkommenseffekten der Steuer- und Familienreform.

Dieses kräftige Wachstum des privaten Verbrauchs steht im Gegensatz zum Konsumklimaindikator der EU, der für Österreich ungünstige Werte ausweist. Diese dürften jedoch eher die allgemeine politische Situation (EU-Sanktionen) als die tatsächlichen Konsumausgaben widerspiegeln.

Eine schwache Performance zeigten die Pkw-Neuzulassungen, sie gingen in den ersten vier Monaten dieses Jahres nicht über das Vorjahresniveau hinaus.

INFLATIONSRATE KNAPP UNTER DER 2%-MARKE

Die Preisentwicklung wird heuer entscheidend von den Energiepreisen bestimmt. Der Erdölpreisanstieg hat heute viel geringeren Einfluss als in den siebziger Jahren, weil der spezifische Rohölverbrauch infolge von Einsparungen und Substitutionsmaßnahmen nur etwa halb so hoch ist wie damals. Die Befürchtung, dass die mit der Erdölverteuerung verbundenen Einkommenseinbußen den Aufschwung gefährden könnten, erweist sich als unbegründet.

Im April gaben die Rohölnotierungen kurzfristig nach, der Verbraucherpreisindex ging deshalb gegenüber dem Vormonat um 0,1% zurück. Diese Preisberuhigung hielt aber nur kurz an. Im Laufe des Monats Mai wurden die Benzinpreise neuerlich um fast 6% gegenüber dem Vormonat angehoben.

Die Inflationsrate verharrte im April bei 1,9%. Der relativ kräftige Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr wird derzeit auch durch einen Basiseffekt bestimmt: Im April 1999 erreichte die Inflationsrate mit 0,2% ein Rekordtief.

Der Verbraucherpreisindex ohne Energie lag um 1,3% über dem Vorjahreswert. Etwa ein Drittel des Preisanstiegs kann also auf den direkten Einfluss der Energieverteuerung zurückgeführt werden. Diese schlug sich vor allem in den Preisen von Heizöl, Benzin und Gas nieder. Das oligopolistische Preisverhalten der Mineralölanbieter in Österreich hatte zur Folge, dass die Benzinpreise

in Österreich (ohne Steuern) um fast 0,60 S über den EU-Durchschnitt stiegen²⁾.

Für die weitere Preisentwicklung wird entscheidend sein, wie weit die Energieverteuerung und die Erhöhung der indirekten Steuern und Gebühren, die den Verbraucherpreisindex um etwa 0,6% anheben werden, in der nächsten Lohnrunde auf die Löhne weitergewälzt werden und damit zu neuen Preissteigerungen Anlass geben. Im bisherigen Jahresverlauf lagen die Tariflöhne um nur 2% über dem Vorjahresniveau.

STARKER RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Im Einklang mit den kräftigen Beschäftigungszuwächsen geht die Arbeitslosigkeit in Österreich spürbar zurück. Im Mai gab es um 37.000 Beschäftigte (+1,2%) mehr als vor einem Jahr, die Zahl der Arbeitslosen war um 26.400 geringer. Im April waren diese Veränderungen noch größer, doch war diese eine Folge des Ostereffekts im Tourismus.

Im April entfiel ein Drittel der Beschäftigungssteigerung auf EU-Staatsbürger, zwei Drittel auf ausländische Arbeitskräfte (+15.600), die sich schon länger in Österreich aufhielten, insbesondere aus dem früheren Jugoslawien.

Trotz der starken Ausweitung der Sachgüterproduktion liegt die Beschäftigung in diesem Bereich nach wie vor unter dem Vorjahresniveau (-0,4%). Auch die Zahl der Bauarbeiter ist niedriger als im Vorjahr, der Beschäftigungsanstieg bleibt auf den Dienstleistungssektor beschränkt.

Gemessen an der Beschäftigungssteigerung ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit außerordentlich hoch. Laut AMS sank die Arbeitslosenquote im Mai auf 5,3%, sie lag damit um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres. Intensive Schulungsaktivitäten leisteten wieder einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung des Arbeitslosenregisters. Die von Eurostat ausgewiesene Arbeitslosenquote (3,3% der Erwerbsspersonen) unterschätzt das tatsächliche Niveau, der Rückgang wäre demnach deutlich höher als laut AMS-Statistik.

Abgeschlossen am 9. Juni 2000.

²⁾ Siehe dazu Wilfried Puwein, Interview in „Format“, Nummer 23, 5. Juni 2000, S. 76.